

selbst wenn er vom Staat finanziert wird, nichts Verdammenswertes. Seine Funktion besteht im Wesentlichen darin, das Porzellan zusammen zu kehren und, soweit möglich, zu kitteln, das Militäreinsätze zerschlagen haben. Das ist nicht zu verurteilen und diejenigen, die das machen wollen, sollten es tun und dafür ein staatliches Gehalt in Empfang nehmen. Die Shanti Sena, die mir vor-schwebt ist freilich etwas anderes. Zu ihren elementaren Grundsätzen gehört ihre Unabhängigkeit vom Staat, was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf »Staatsknete«. Die gibt es nämlich nur für Leute, die auf Kritik an den staatlichen Macht- und Gewaltapparaten verzichten und sich im Rahmen einer zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZIMIZ) in eine Militärstrategie einbinden lassen, sozusagen als eine Art sozialer Rot-Kreuz-Organisation. Den Befürwortern einer Sozialen Verteidigung geht es indes nicht um eine Ergänzung, sondern

um einen Ersatz der militärischen durch eine Soziale Verteidigung.

Letztes Argument: Der ZFD könnte doch so etwas wie ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer Sozialen Verteidigung sein. Ich fürchte, dieser Weg führt in die Irre und nicht ans Ziel, denn aus der Abhängigkeit vom Staat gibt es kein Entrinnen. In dem Augenblick, wo die Kritik an der Militarisierung unserer Gesellschaft mit Entschiedenheit vorgetragen wird, werden die »verantwortlichen Politiker« kurzerhand den Geldhahn zudrehen. Dann bricht die ganze Organisation zusammen. Eine Shanti Sena, so sie ernsthaft angestrebt wird, hätte eine große Zukunft, doch nur, wenn sie ihre Unabhängigkeit vom Staat hütet wie ihren Augapfel.

Dr. Wolfgang Sternstein ist Versöhnungsbund-Mitglied und Friedensforscher und -aktivist.

Joachim Schramm

Pazifismus ist mehr als direkte gewaltfreie Aktion

Wolfgang Sternstein diagnostiziert zum einen das Versagen des deutschen und europäischen Pazifismus und macht dies vor allem an der mangelnden Umsetzung einer konstruktiven Alternative zu Krieg und Gewalt, der gewaltfreien Aktion fest. Nun kann man angesichts der pazifistischen Zielsetzung, Krieg und Rüstung aus der Welt zu verbannen, den bisherigen Zielerreichungsgrad insgesamt als bescheiden bewerten.

■ Pazifistische (Teil-)Erfolge

Allerdings engt Wolfgang Sternstein die Mittel und Strategien des Pazifismus doch arg ein, wenn er sie auf die Methode der gewaltfreien Aktion reduziert und ansonsten nur eine negative Nein-Haltung beobachtet. Das Instrumentarium pazifistischer Politik ist doch um einiges breiter und Umsetzungserfolge sind auch durchaus vorhanden. Zu den Zielen des Pazifismus gehören doch ganz entschieden auch die positiven Bemühungen, Konflikte zwischen Staaten auf eine rechtliche Ebene zu bringen, also die Ausgestaltung des Völkerrechts. Mit dem zwischenstaatlichen Gewaltverbot der UNO-Charta ist Krieg als zuvor anerkanntes Mittel der Politik geächtet und in den Bereich der Ausnahme gedrängt worden.

Dies als wichtigen Schritt zu einer pazifistischen Politik zu begreifen und ihn zu verteidigen, ist gerade in einer Zeit wichtig, wo diese Festlegung zunehmend wieder in Frage gestellt wird. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes ist hier erst in letzter Zeit ein Instrument geschaffen

worden, Verstöße in diesem Bereich auch ahnden zu können. Es lässt sich somit eine Linie von Konkretisierungen verfolgen von den Forderungen nach einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie die Gründerin der Deutschen Friedensgesellschaft, Bertha von Suttner, schon vor 100 Jahren aufgestellt hat, bis heute. Hier sind im Laufe der Jahrzehnte pazifistische Zielsetzungen umgesetzt worden, auch wenn deren Wirksamkeit oft hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Verrechtlichung von zwischenstaatlichen Konflikten ist jedoch ein ganz entscheidender Schritt, da so die gewaltsame Austragung von Konflikten überhaupt als Unrecht definiert worden ist und so eine gesellschaftlich akzeptierte Vereinbarung existiert, Kriege zu verhindern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der europäische Pazifismus stark auf das Nein zum Krieg konzentriert, angesichts der atomaren Bedrohung eine nachvollziehbare Schwerpunktsetzung. Doch auch hier sind die Bemühungen um eine Annäherung zwischen Ost und West, die Frage der friedlichen Koexistenz, das Eintreten für eine atomwaffenfreie Zone in Europa doch Konzepte und Forderungen, die neben das Nein zum Krieg auch die konstruktiven Bemühungen um eine Deeskalation der Konfrontation der Atommächte setzten.

Die Kriege unterhalb der atomaren Schwelle, die es bekanntermaßen auch zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes gegeben hat, rückten aber erst in den neunziger Jahren deutlich ins Bewusstsein der meisten Pazifisten. Mit der Propagierung der Zivilen Konfliktbearbeitung ist dann das zentrale Ele-

ment aufgegriffen und weiterentwickelt worden, um der Erkenntnis Rechnung zu tragen, dass Konflikte zum menschlichen Leben gehören und auch zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften wohl immer anzutreffen sein werden.

Dass sich der Pazifismus im Nein zum Krieg erschöpft hat, kann ich also nicht erkennen. Allerdings ist es der pazifistischen Bewegung nicht gelungen, sich ein Instrument zu schaffen, mit dem sie – quasi autonom – gewaltfrei in Konflikte eingreifen kann. Dazu gibt es nur bescheidene Ansätze wie die Aktivitäten z.B. des Balkan Peace Teams oder die Bestrebungen zur Bildung eines Nonviolent Peacecorps. Ich denke aber auch nicht, dass sich die pazifistische Alternative auf dieses Instrument beschränken sollte und daher auch nicht allein daran zu messen ist. Die Idee, die hinter diesem Konzept steckt und die Wolfgang Sternstein ja auch mit seinen gewaltfreien Basisgruppen in jedem Dorf und jeder Stadt beschreibt, ist die Aktivierung von zahlreichen Freiwilligen, die dann bei Bedarf mobilisierbar sind, sich aus Beruf und Familienleben ausklinken und einen Konflikt in ihrer Region oder sogar weiter entfernt versuchen zu schlichten. Dabei müssten sie im Zweifelsfall sogar noch eine Gefahr für ihr Leben in Kauf nehmen. Nun können wir beobachten, dass sich Menschen immer wieder von der Not anderer Menschen anregen lassen und zu ehrenamtlichem Engagement auch in entlegenen Regionen dieser Welt bereit sind. Doch muss dabei ganz banal eine berufliche und finanzielle Absicherung in der Regel gewährleistet sein. Wenn Wolfgang Sternstein aber gleichzeitig das Konzept des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ablehnt, da hier der Staat mit im Spiel ist, bürdet er diese ganze soziale Verantwortung entweder dem einzelnen Aktivisten oder den Trägern solcher Aktivitäten auf. Diese sehe ich damit bei weitem überfordert.

■ Staatliche Ressourcen nicht den Militaristen überlassen

Ich denke nicht, dass der Pazifismus die Ressourcen des Staates den Militaristen überlassen und seine Alternativen davon unabhängig aufbauen sollte. Wir können uns nicht um die Frage herumdrücken, wie die Politik des Staates ausgerichtet ist, in dem wir leben und politisch agieren. Dabei können und sollen wir durchaus unsere eigenen Projekte der direkten gewaltfreien Aktion betreiben und so Beispiel geben. Eine Wirksamkeit aber im großen Stil, um Konflikte wie z.B. den angesprochenen in Ruanda zivil bearbeiten zu können, werden wir ohne staatliche Ressourcen nicht erreichen können.

Doch auch in diesem Bereich sehe ich pazifistische Politikansätze nicht verloren auf der Versager-Seite. Denn nicht nur die direkte gewaltfreie Aktion würde ich hier ansiedeln, sondern alle Ansätze einer Zivilen Konfliktbearbeitung, selbstver-

ständig auch die, auf staatlich-diplomatischem Wege präventiv oder deeskalierend in Konflikte zwischen Staaten einzugreifen, wie sie z.B. in der UN-Charta formuliert und durchaus auch angewandt werden. Hinzu kommt die Etablierung regionaler Einrichtungen wie die OSZE, die von ihrem Instrumentarium her die Möglichkeit bieten, zwischenstaatliche Konflikte in Kenntnis der vor Ort gegebenen Gesamtsituation auf zivile Weise zu bearbeiten.

Nun will ich damit nicht behaupten, der Pazifismus sei auf einem guten Weg und seinem Ziel schon sehr nah. Allerdings haben doch hier offenbar im Laufe der Zeit bestimmte pazifistische Wertvorstellungen und Instrumente einen nicht unbeachtlichen Raum eingenommen und dem freien Handeln der Militaristen bestimmte Fesseln angelegt. Dass diese Fesseln die Militaristen stören und man danach strebt, sie wieder loszuwerden, erleben wir in den letzten Jahren.

Damit ist nun einiges zur Etablierung pazifistischer Politikansätze und ziviler Konfliktlösungsinstrumentarien gesagt. Aber die Frage, die mit der Aussage von Wolfgang Sternstein zur Akzeptanz von Gewaltanwendung verbunden ist, ist nicht beantwortet: Was macht der Pazifist, um einen Völkermord zu verhindern.

Die Kriegsdienstverweigerer unter den Lesern werden sich dabei vielleicht an die alte Situation vor dem Prüfungsausschuss erinnern fühlen: »Sie mit ihrer Freundin nachts allein im Park, und dann der Russe mit der MPi...«. Ich kann mir in einer Gesellschaft immer Situationen vorstellen, in denen Gewalt von »durchgeknallten« Tätern nur mit Gewalt zu verhindern ist. Deshalb kann ich auch akzeptieren, dass wir innergesellschaftlich eine Polizei unterhalten, die in letzter Konsequenz Gewalt anwendet. Aber schon hier ist zu beobachten, dass der Einsatz polizeilicher Gewalt immer größere Ausmaße annimmt, je mehr Gewalt innergesellschaftlich akzeptiert wird. Vor Jahren haben wir Debatten um den »finalen Rettungsschuss« geführt, heute ist es erlaubt, ganze Passagierflugzeuge vom Himmel zu schießen. Man unterzieht sich nicht mehr der Mühe, nach den Ursachen der Gewalt und Möglichkeiten zu deren Bekämpfung zu fragen, sondern beschäftigt sich vorrangig mit den Mitteln, ihr »in letzter Konsequenz« mit Gegengewalt zu begegnen.

Dieses Beispiel auf die Außenpolitik übertragen: Ich sehe die »Bellizisten« in Deutschland nicht in erster Reihe bei der Bekämpfung der Ursachen von Krieg und Gewalt. Ich sehe sie als Legitimationslieferanten für diejenigen, die aus Deutschland wieder eine Militärmacht machen wollen. Wie viele Konfliktsituationen in der Welt mag es geben, bei denen man ehrlich sagen kann: Hier ist alles Denkbare an Diplomatie, an Anwendung nichtmilitärischen Drucks, an positiven Anreizen usw., also an Zivilen Konfliktbearbeitung versucht worden, um

eine Gewalteskalation zu verhindern? Hier hat man wirksam die Waffenlieferungen in die Konfliktregion unterbunden?

Nicht nur das Instrument der direkten gewaltfreien Aktion ist ausgearbeitet und einsatzbereit, wie Wolfgang Sternstein schreibt. Das gleiche gilt weitgehend für den ganzen Strauß an Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung. Wenn ich erkennen muss, dass meine Kraft nicht reicht, den Einsatz dieser zivilen Mittel durchzusetzen, kann ich durchaus auf das Handeln verzichten, wenn dieses Handeln bedeuten würde, der militärischen Gewalt das Wort zu reden. Im Zusammenhang mit Völkermord wird der Gewalteininsatz oft als wahrer Heilsbringer betrachtet, ohne zu schauen, was ein Gewalteininsatz real bewirken kann: Auch ein Militäreinsatz braucht eine Vorlaufzeit, die ich alternativ auch für zivile Maßnahmen nutzen könnte. Deeskaliert ein Militäreinsatz einen Konflikt oder führt er zu einer Steigerung der Gewalt? Wo sind denn die zahlreichen Beispiele, in denen Militär einen Völkermord verhindert hat?

Wenn Millionen Menschen in der 3. Welt sterben, weil bei uns Geld für Rüstung ausgegeben

wird, statt dort Hunger und Krankheit zu bekämpfen, dann ist das kein Versagen des Pazifismus, sondern ein Versagen unserer herrschenden politischen Eliten. Und so ist es auch ein Versagen der herrschenden Politik, wenn sie die vorhandenen Instrumente zur Deeskalation und Bearbeitung von Konflikten nicht rechtzeitig nutzt, um einen drohenden Völkermord zu verhindern. Sich hier den Lockungen des scheinbar allein helfenden Gewalteinsetzes zu widersetzen ist kein Dogmatismus, sondern die Erkenntnis, dass ich mich meiner politischen Ernsthaftigkeit und meines Vertrauens in die eigenen Mittel beraube, wenn ich hier nachgebe. Und diese politische Ernsthaftigkeit ist es, die der Pazifismus braucht, um die Zivile Konfliktbearbeitung den Menschen als überzeugende Alternative anbieten zu können, eine Mehrheit für Abrüstung und eine Stärkung des Völkerrechts zu gewinnen. Alles andere verschafft der militärischen Gewalt neue Legitimität und verlängert ihre Vorherrschaft.

Joachim Schramm ist aktiv in der DFG-VK und in der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK.

Reinhard J. Voß

Von falschen Freunden und schiefen Vergleichen

23

So sehr ich Wolfgang Sternstein schätze, so sehr irritiert mich seine recht undifferenzierte Bemerkung, er erkenne an, »dass militärische Gewaltandrohung oder -anwendung einen Massen- oder Völkermord verhindern können«.

Ich höre seit Jahren in den Gesprächen von pax christi mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) dieses Argument, das von deren Seite gleichzeitig als ebenso undifferenzierte Rechtfertigung des gegenwärtigen riesigen NATO-Militärapparates eingesetzt wird. Was mich daran stört, ist dies: Wir bemühen uns seit Jahren in Friedensbewegung und Kirchen, verstärkt seit dem 11. September 2001, weltweit Polizeistrukturen im UN- oder weltregionalen Rahmen zu fordern, die Terrorismus und Völkermord präventiv, aber auch situativ verhindern sollen; und bekommen von soldatischer Seite immer zu hören: das ist doch das Gleiche – wir sind solche! Sie verstehen sich als »Feuerwehrleute«, als Friedens-, Menschenrechts-, Bevölkerungs- bzw. Minderheitenschutz etc. Dass dies in UN-Einsätzen vor 1989 meistens und auch heute manchmal der Fall ist, will ich gerne konzedieren, z.B. noch derzeit in Afghanistan, wenn man allerdings ausblendet, dass dieses Land unter ihren Augen und mit ihrer Duldung »auf dem Weg zum Drogenstaat« ist (UN-Zitat, Süddeutsche Zeitung vom 03.03.2005).

Hier hören wir von Seiten der GKS übrigens in ihrer Erklärung »Der Friede ist möglich!« vom Dezember 2004 selbstkritische und politisch fordernde Töne: »(3) Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist durch negative Erfahrungen deutscher Soldaten bei Friedenseinsätzen beunruhigt. (...) (4) Neben der militärischen Stabilisierung sind vor allem effektiver Polizeischutz, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Entwicklung einer rechtsstaatlichen Demokratie Voraussetzungen zum Entstehen weiterer Regionen des Friedens.«

Aber Soldaten thematisierten bisher nach meiner Erfahrung kaum den politischen Gesamtrahmen, in dem sie eingesetzt werden (bzw. werden könnten). Die erwähnte Erklärung ist eine Ausnahme und vielleicht auch unserem Dialog geschuldet. Dass bedrohte Bevölkerungen geschützt werden müssen, muss international wie national künftig durch demokratisch legitimierte und kontrollierte (!) Polizei geschehen. Militär und Krieg bisheriger Form sind historisch überholt, ethisch widerlegt (»Gerechter Friede«) und im Massenvernichtungszeitalter brandgefährlich – was gerade auch durch die erneuerte US-Strategie globaler Kriegführung und den Versuch globaler Kontrolle von Macht, Weltwirtschaft, Rohstoffen und tendenziell auch von Glaubens- und Lebensweisen deutlich wird.